

§ 16 IESG Strafbestimmungen

IESG - Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz

⌚ Berücksichtiger Stand der Gesetzgebung: 09.12.2022

1. (1)Arbeitgeber, die wissentlich unwahre Angaben machen oder vorsätzlich die Erklärung nach§ 6 Abs. 4 grundlos verweigern oder ihrer Auskunftspflicht nach § 14 Abs. 3 vorsätzlich nicht nachkommen, begehen, sofern die Tat nicht mit strengerer Strafe bedroht ist, eine Verwaltungsübertretung und sind von der Bezirksverwaltungsbehörde mit Geldstrafe von 365 Euro bis 1 455 Euro zu bestrafen.
2. (2)Für mehrere danach strafbare Handlungen ist nur auf eine einzige Strafe zu erkennen.
3. (3)Die Eingänge aus den gemäß Abs. 1 verhängten Geldstrafen fließen dem Insolvenz-Entgelt-Fonds zu.

In Kraft seit 01.07.2008 bis 31.12.9999

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.
www.jusline.at